



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

09/2021

Das BAMF



# Inhaltsverzeichnis

## Verfahren

EuGH: Unionsrechtlich maßgeblicher Zeitpunkt der Minderjährigkeit für die aus Art. 24 bis 35 der Richtlinie 2011/95/EU folgenden Rechte von Familienangehörigen	4
BVerwG: Zur Befristung eines abschiebungsbedingten Einreise- und Aufenthaltsverbots gemäß § 11 Abs. 3 AufenthG bei Berufsausbildung während des asylgerichtlichen Verfahrens	4
Fristenberechnung im Dublin-Verfahren	5
Neue Länderreporte zu Algerien, Usbekistan und Afghanistan	8

## Aus der Rechtsprechung

VGH Kassel / Syrien: Keine politische Verfolgung wegen illegaler Ausreise, Asylantrag im westlichen Ausland, Entziehung vom Militärdienst oder Herkunft aus einem Oppositionsgebiet	8
VGH Mannheim / Eritrea: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bei Entziehung vom Nationaldienst	9

## Blick zum Nachbarn

Dänemark / Restriktive Asylpolitik	10
------------------------------------	----

## Was sonst? Literatur

Neuerwerbungen der Bibliothek	11
-------------------------------	----

## Impressum



## **EuGH: Unionsrechtlich maßgeblicher Zeitpunkt der Minderjährigkeit für die aus Art. 24 bis 35 der Richtlinie 2011/95/EU folgenden Rechte von Familienangehörigen**

Mit Urteil vom 09. September 2021 zu der Rechtssache C-768/19 beantwortete der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Vorlage des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) Fragestellungen zum Themenkomplex des internationalen Schutzes für Familienangehörige gemäß § 26 Absatz 3 Asylgesetz (AsylG). Maßgeblich ging es dabei um die Auslegung des Begriffs der Minderjährigkeit im Kontext der, aus Artikel 24 bis 35 der Richtlinie 2011/95/EU folgenden, Rechte von Familienangehörigen und deren eventueller zeitlicher Begrenzung.

Dem lag der Fall eines Antragstellers zugrunde, dessen Kind als Minderjähriger in das Bundesgebiet eingereist war und Asyl beantragt hatte, dem aber erst nach Eintritt der Volljährigkeit unter Ablehnung der Flüchtlingseigenschaft subsidiärer Schutz zuerkannt wurde. Der Antragsteller reiste noch vor Eintritt der Volljährigkeit seines Kindes in das Bundesgebiet ein und meldete sich als Asylsuchender, stellte seinen förmlichen Asylantrag aber erst nach Eintritt der Volljährigkeit seines Kindes.

Der EuGH kam unter Anschluss an die Auffassung von Generalanwalt Hogan im Wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

Wolle ein Familienangehöriger bei der Entscheidung über seinen Antrag auf internationalen Schutz einen Zuerkennungsanspruch von der Anerkennung eines minderjährigen und sich bereits im Mitgliedstaat befindlichen international Schutzberechtigten gemäß den Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats ableiten, sei hinsichtlich des Tatbestandsmerkmals der Minderjährigkeit im Sinne von Artikel 2 Buchstabe j dritter Gedankenstrich RL 2011/95/EU auf den Zeitpunkt abzustellen, zu dem der nachreisende Familienangehörige – gegebenenfalls formlos – seinen Asylantrag eingereicht habe (Vorlagefrage 1).

Des Weiteren sei der Begriff „Familienangehöriger“ gemäß Artikel 2 Buchstabe j dritter Gedankenstrich der RL 2011/95/EU in Verbindung mit ihrem Artikel 23 Absatz 2 und Artikel 7 Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) dahin auszulegen, dass der Begriff keine tatsächliche Wiederaufnahme des Familienlebens zwischen dem Elternteil der Person, der internationaler Schutz zuerkannt worden ist, und seinem Kind verlange (Vorlagefrage 2).

Zudem stellte der EuGH klar, dass die Rechte, über die die Familienangehörigen aufgrund des ihrem Kind zustehenden subsidiären Schutzstatus verfügten, und insbesondere die in den Artikel 24 bis 35 der Richtlinie genannten Leistungen nach Eintritt der Volljährigkeit der betreffenden Person für die Geltungsdauer des ihnen gemäß Artikel 24 Absatz 2 der Richtlinie erteilten Aufenthaltstitels fortbestünden (Vorlagefrage 3).

Der EuGH hat sich mit den vorgenannten Rechtsauslegungen somit nicht der von der Bundesregierung im Vorabentscheidungsverfahren vertretenen Auffassung angeschlossen. Im Folgenden ist nun die Entscheidung des BVerwG zu den Auswirkungen für das nationale Recht abzuwarten. Insbesondere angesichts der befristeten Fortgeltung der nach Artikel 24 bis 35 RL 2011/95/EU für Familienangehörige bestehenden Folgerechte dürfte dabei auch relevant werden, welche Bedeutung das BVerwG dieser Befristung im Rahmen eines Anspruchs nach § 26 Absatz 3 AsylG beziehungsweise für eine sich anschließende Regelüberprüfung gemäß § 73 Absatz 2a AsylG beziehungsweise § 73b Absatz 1 AsylG zuerkennen wird. Außerdem dürfte zu klären sein, ob den im nationalen Recht gemachten Vorgaben gemäß § 26 Absatz 3 Nummer 2 und Nummer 5 AsylG eine eigenständige und über den unionsrechtlichen Familienbegriff hinausgehende Bedeutung zuzuerkennen ist, wie ferner, welches Begriffsverständnis dem bei § 26 AsylG geforderten Antrag zugrunde liegt.

*Julia Ograbek, 61D*

## **BVerwG: Zur Befristung eines abschiebungsbedingten Einreise- und Aufenthaltsverbots gemäß § 11 Abs. 3 AufenthG bei Berufsausbildung während des asylgerichtlichen Verfahrens**

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG)<sup>1</sup> hatte über die Frage zu entscheiden, ob bei der Bemessung der Dauer eines abschiebungsbedingten Einreise- und Aufenthaltsverbotes gemäß § 11 Absatz 1 Satz 3 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erst der erfolgreiche Abschluss einer qualifizierten Berufsausbildung im Bundesgebiet durch den Antragstellenden während des asylgerichtlichen Verfahrens fristverkürzend zu berücksichtigen sei oder dies bereits auf deren Aufnahme zutreffe. Denn in diesem Zusammenhang war in der gerichtlichen Spruchpraxis umstritten, in welchem Umfang das

<sup>1</sup> Siehe Urteile vom 07.09.2021, BVerwG 1 C 46.20 und 1 C 47.20 – zitiert nach Pressemitteilung Nr. 56/2021 vom 07.09.2021

Bundesamt bei seiner Ermessensentscheidung gemäß § 11 Absatz 3 Satz 1 AufenthG über die Länge der Frist für das zu verfügende Einreise- und Aufenthaltsverbot persönliche Belange des Antragstellenden, wie zwischenzeitlich erlangte Kenntnisse der deutschen Sprache oder die Aufnahme einer Berufsausbildung, einbeziehen muss.

Das Bundesamt orientierte sich in diesem Zusammenhang bislang an der Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes<sup>2</sup> und vertrat die Auffassung, dass keine Aspekte zu berücksichtigen seien, die gegen die zwangsweise Beendigung des Aufenthaltes sprechen. Vielmehr könnten allein die Belange einzustellen sein, die die Beendigung des Aufenthaltes überdauern und damit Bedeutung für eine möglichst baldige Wiedereinreise hätten.

Auf die Revision des Bundesamtes hob das Bundesverwaltungsgericht<sup>3</sup> nun die gegenteiligen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg<sup>4</sup> auf. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt zunächst, dass die regelmäßige Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbotes auf die Dauer von 30 Monaten keinen Bedenken begegnet, wenn einzelfallbezogen das Rückkehrinteresse verstärkende Besonderheiten fehlen. Erst der erfolgreiche Abschluss einer qualifizierten Berufsausbildung im Bundesgebiet vermittele dem Antragstellenden eine aufenthaltsrechtlich beachtliche Rückkehrperspektive, welche es vorbehaltlich etwaiger Besonderheiten des Einzelfalles angezeigt erscheinen lassen, die auf 30 Monate bestimmte Dauer um regelmäßig die Hälfte zu verkürzen.

Werde die qualifizierte Berufsausbildung erst nach dem für die Beurteilung der Sachlage im asylgerichtlichen Verfahren maßgeblichen Zeitpunkt (§ 83c in Verbindung mit § 77 Absatz 1 AsylG und § 75 Nr. 12 AufenthG) abgeschlossen, sei der Antragstellende darauf verwiesen, nach Maßgabe des § 11 Absatz 4 Satz 1 AufenthG die Verkürzung der Frist des Einreise- und Aufenthaltsverbots bei der dann zuständigen Ausländerbehörde zu beantragen.

Ergänzend weist das BVerwG für den Fall der gegebenen Voraussetzungen für eine Ausbildungsduhlung (§ 60c AufenthG) darauf hin, dass dies dann allein bei deren Erteilung zu berücksichtigen sei, aber nicht (auch) bei der Befristungsentscheidung. Denn die Ausbildungsduhlung hindere bereits das Entstehen des Einreise- und Aufenthaltsverbots.

Susann Kegel, 61D

## Fristenberechnung im Dublin-Verfahren

Eines der zentralen Ziele der Dublin-III-Verordnung (VO) ergibt sich aus dem Erwägungsgrund Nummer 5. Dieser besagt, dass die Verordnung eine rasche Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats ermöglichen soll, um den effektiven Zugang zu den Verfahren zur Gewährung des internationalen Schutzes zu gewährleisten und das Ziel einer zügigen Bearbeitung der Anträge nicht zu gefährden. Auch die weiteren Grundsätze der Verordnung, nämlich die Vermeidung des sogenannten *forum shoppings* und damit einhergehende Sekundärmigration (Aussuchen eines Mitgliedstaates, von dem der Asylantrag bearbeitet werden soll) und dem sogenannten *no refugee in orbit*-Grundsatz (ein Mitgliedstaat muss zwingend für den Asylantrag zuständig sein), verlangen ein zügiges und klares Verfahren der Zuständigkeitsbestimmung. Dementsprechend wohnt der Dublin-III-VO in jedem Verfahrensschritt ein stets zu beachtendes Beschleunigungsgebot inne. Damit das Dublin-Verfahren schnellstmöglich abgeschlossen werden kann, enthält die Verordnung daher ein strenges Fristenregime, mit der Folge, dass bei Fristablauf grundsätzlich die Zuständigkeit für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz auf den ersuchenden Mitgliedstaat übergeht.

Die Dublin-III-VO und die dazugehörige Dublin-Durchführungsverordnung (DVO) beinhalten insbesondere Fristen zum Stellen und Beantworten von Ersuchen, zu Remonstrationen, zur Inhaftnahme zum Zwecke der Überstellung und zur Überstellung per se.

### Fristen zum Stellen eines Ersuchens

Im Zusammenhang mit Übernahmeersuchen wird zwischen den Aufnahmeverfahren (Take Charge, Artikel 21 Absatz 1 Dublin-III-VO) und Wiederaufnahmeverfahren (Take Back, Artikel 23 Absatz 2; Artikel 24 Absatz 2 Dublin-III-VO) differenziert.

Die Fristen unterscheiden sich für Aufnahme- und Wiederaufnahmeverfahren nicht, sie betragen jeweils zwei Monate bei Vorliegen von EURODAC-Treffermeldungen und drei Monate in Fällen, in denen sich das Übernahmeersuchen auf andere Erkenntnisse als EURODAC-Daten stützt (Artikel 21 Absatz 1, 23 Absatz 2, 24 Absatz 2 Dublin-III-VO). Die Fristen beginnen entweder mit der EURODAC-Treffermeldung oder ab Antragstellung im Sinne von Artikel 20 Absatz 2 Dublin-III-VO zu laufen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem „Mengesteab“-Urteil<sup>5</sup> geklärt, wann eine Antragstellung im Sinne von Artikel 20 Absatz 2 Dublin-III-VO vorliegt. Für die Beurteilung sei nicht zwischen Asylgesuch und Asylantrag zu unterscheiden, sodass ein Antrag auf internationalen Schutz als gestellt gelte, wenn die mit der Durchführung der sich aus der Dublin-III-VO ergebenden Verpflichtun-

<sup>2</sup> Siehe Beschluss vom 06.04.2017 - 11 ZB 17.30317, Rn 13 - juris

<sup>3</sup> Siehe BVerwG, a.a.O.; zum Redaktionsschluss lagen die Entscheidungsgründe noch nicht vor

<sup>4</sup> Siehe Urteile vom 06.07.2020, OVG 3 B 2/20 und OVG 3 B 3/20

<sup>5</sup> Siehe EuGH, Urteil vom 26.07.2017 - C-670/16 -, „Mengesteab“

gen betraute Behörde von dem Asylgesuch in schriftlicher Form Kenntnis erlangt hat.

Ein Überschreiten dieser Fristen führt zur Zuständigkeit des Mitgliedstaates, in dem der Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde beziehungsweise sich die betreffende Person aufhält.

### **Fristen zum Antworten auf ein Ersuchen**

Die Antwort auf ein Aufnahmegesuch nach Artikel 21 Dublin-III-VO hat nach Artikel 22 Absatz 1 Dublin-III-VO innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt des Gesuchs zu erfolgen. Die Antwortfristen bei Wiederaufnahmeverfahren sind in Artikel 25 Absatz 1 Dublin-III-VO geregelt. Danach hat die Antwort innerhalb eines Monats nach Erhalt des Gesuchs zu erfolgen. Stützt sich der Antrag auf Angaben aus dem EURODAC-System, verkürzt sich diese Frist auf zwei Wochen.

Sofern der ersuchte Mitgliedstaat nicht innerhalb dieser Fristen auf das Ersuchen antwortet, tritt die sogenannte „Zustimmungsfiktion“ (Artikel 22 Absatz 7; 25 Absatz 2 Dublin-III-VO) in Kraft, der ersuchte Mitgliedstaat wird für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständig und zur Aufnahme; beziehungsweise Wiederaufnahme der schutzsuchenden Person/-en verpflichtet.

### **Fristen zur Remonstration**

Lehnt ein Mitgliedstaat ein Übernahmeersuchen ab, ist der ersuchende Mitgliedstaat – wenn er die Auffassung vertritt, dass die Ablehnung auf einem Irrtum beruht oder wenn neue Unterlagen vorliegen – berechtigt, innerhalb von drei Wochen nach Erhalt der negativen Antwort eine erneute Überprüfung zu verlangen (Art. 5 Abs. 2 DVO). Der Mitgliedstaat, an den ein Ersuchen um neuerliche Prüfung gerichtet wurde, muss sich im Geiste loyaler Zusammenarbeit bemühen, innerhalb einer Frist von zwei Wochen eine Antwort zu erteilen. Antwortet der ersuchte Mitgliedstaat nicht innerhalb der zweiwöchigen Frist, ist das Remonstrationsverfahren endgültig abgeschlossen, der ersuchende Mitgliedstaat ist nach Ablauf dieser Frist als für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständig anzusehen.<sup>6</sup>

Hat der ersuchende Mitgliedstaat für die Stellung eines erneuten Ersuchens um Aufnahme oder Wiederaufnahme – innerhalb der dazu in Artikel 21 Absatz 1 beziehungsweise Artikel 23 Absatz 2 der Dublin-III-VO vorgesehenen zwingenden Fristen – erforderliche Zeit zur Verfügung, kann der ersuchende Mitgliedstaat ein erneutes Ersuchen stellen.<sup>7</sup>

### **Fristen zur Inhaftnahme zum Zwecke der Überstellung**

Nach Artikel 28 Absatz 2 Dublin-III-VO dürfen

Mitgliedstaaten zum Zwecke der Sicherstellung von Überstellungsverfahren, entsprechende Personen in Haft nehmen, wenn eine erhebliche Fluchtgefahr besteht, die Maßnahme verhältnismäßig ist und sich weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam anwenden lassen. Die Haft ist nach Artikel 28 Absatz 3 Dublin-III-VO so kurz wie möglich zu halten.

In Rahmen dieser Haftfälle gelten besondere Fristen, sowohl für das Stellen, als auch für das Antworten auf Ersuchen. Nach Artikel 28 Absatz 3 Unterabsatz 2 Dublin-III-VO darf die Frist für die Stellung eines Aufnahme- oder Wiederaufnahmegesuchs einen Monat ab der Stellung des Antrags auf internationalen Schutz nicht überschreiten. Die Antwort erfolgt spätestens zwei Wochen nach Eingang des Gesuchs. Bei Überstellungshaft beträgt die Überstellungsfrist maximal sechs Wochen nach Zustimmung gemäß Artikel 28 Absatz 3 Unterabsatz 3 Dublin-III-VO, sofern sich die betreffende Person bereits zu dem Zeitpunkt in Haft befindet, in welchem die Annahme des Ersuchens erfolgt oder das Ende der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs eintritt. Im Übrigen darf die Haftdauer nicht erheblich mehr als sechs Wochen betragen.<sup>8</sup>

### **Fristen zur Überstellung**

Die Fristen zu Überstellungen in Aufnahme- beziehungsweise Wiederaufnahmeverfahren werden in Artikel 29 Dublin-III-VO geregelt. Grundsätzlich haben Überstellungen innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der Annahme des Aufnahme- oder Wiederaufnahmegesuchs zu erfolgen. Erfolgt die Überstellung nicht innerhalb dieser Frist, ist der zuständige Mitgliedstaat nicht mehr zur Aufnahme beziehungsweise Wiederaufnahme verpflichtet und die Zuständigkeit geht auf den ersuchenden Mitgliedstaat über. Nach Artikel 29 Absatz 2 Dublin-III-VO kann diese Frist bei einer Inhaftierung (Strafhaft) der betroffenen Person/-en auf höchstens zwölf Monate und bei einem „Flüchtigsein“ der betroffenen Person/-en auf höchstens 18 Monate verlängert werden.

Werden gegen eine Überstellungsentscheidung Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung eingelegt, hat dies zur Folge, dass die Überstellungsfrist bis zur endgültigen Entscheidung über den Rechtsbehelf unterbrochen wird und nach dieser erneut von Neuem zu laufen beginnt. Der EuGH verdeutlicht, dass nach Wegfall der aufschiebenden Wirkung die Überstellungsfrist erst ab der gerichtlichen Entscheidung, mit der über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens entschieden wird, wieder zu laufen beginnt. Die Mitgliedstaaten müssten über eine zusammenhängende Frist von sechs Monaten verfügen, die sie in vollem Umfang zur Regelung der technischen Probleme für die Bewerksstellung der Überstellung nutzen dürfen.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Siehe EuGH, Urteil vom 13.11.2018 – C-47/17 – und – C-48/17 –, „X und X“  
<sup>7</sup> Siehe ebenda

<sup>8</sup> Siehe EuGH, Urteil vom 13.09.2017 – C-60/16 –, „Amayry“  
<sup>9</sup> Siehe EuGH, Urteil vom 29.02.2009 – C-19/08 –, „Petrosian“

Ordnet das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung der Klage gegen eine Abschiebungsanordnung an, weist es die Klage in der Hauptsache aber ab, endet die aufschiebende Wirkung folglich – vorbehaltlich einer nach § 80b Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) möglichen Anordnung des Oberverwaltungsgerichts, dass die aufschiebende Wirkung fortdauert – nach § 80b Absatz 1 VwGO mit der Unanfechtbarkeit oder drei Monate nach Ablauf der gesetzlichen Begründungsfrist des gegen die abweisende Entscheidung gegebenen Rechtsmittels. In diesem Fall stellt das klageabweisende Urteil des Verwaltungsgerichts die vom EuGH geforderte gerichtliche Entscheidung dar, mit der über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens entschieden wird.<sup>10</sup>

### **Zeitpunkt des Neubeginns der Dublin-Überstellungsfrist nach Einstellung eines Eilrechtsschutzverfahrens gegen die Abschiebungsanordnung**

Erklären die Beteiligten ein Eilrechtsschutzverfahren übereinstimmend für erledigt, stellt sich die Frage, ab wann die Dublin-Überstellungsfrist erneut von Neuem zu laufen beginnt. In der Rechtsprechung werden diesbezüglich zwei Möglichkeiten diskutiert. Zum einen den Beginn der sechsmonatigen Frist ab dem Zeitpunkt der letzten Erledigungserklärung der Verfahrensbeteiligten, zum anderen den Beginn der Frist mit dem gerichtlichen Einstellungsbeschluss respektive dessen Zustellung an die Bundesrepublik Deutschland.

Das Verwaltungsgericht (VG) München sprach sich für den Zeitpunkt der Erledigungserklärungen aus. Nach Ansicht des Gerichts komme dem Einstellungsbeschluss gemäß § 92 Absatz 3 VwGO nur deklaratorischer Charakter zu. Das Eilverfahren werde vielmehr bei Vorliegen übereinstimmender Erledigungserklärungen unmittelbar beendet.<sup>11</sup>

Anders sehen es das VG Ansbach und das VG Kassel.<sup>12</sup> Das VG Ansbach macht deutlich, dass es hinsichtlich des Fristbeginns alleine auf die endgültige (gerichtliche) Entscheidung über den Rechtsbehelf mit aufschiebender Wirkung ankomme. Dies erfolge mit Einstellungsbeschluss. Diesen Schluss lässt laut VG Ansbach allein schon der Wortlaut des Artikels 29 Absatz 1 Unterabsatz 1 Alternative 2 Dublin-III-VO zu. Zwar handle es sich bei einem Einstellungsbeschluss nicht um eine Entscheidung in der Sache und es komme ihm insoweit eine rein deklaratorische Bedeutung zu, aber „... eine solche – auf die Dogmatik des deutschen Verwaltungsprozessrechts zurückführende – Differenzierung zwischen gerichtlichen Sachentscheidungen und lediglich deklaratorischen Einstellungsbeschlüssen ist der Bestimmung des Artikel 29 Absatz 1 UA. 1 Alt. 2 Dublin-III-VO jedoch fremd. Stattdessen wird dort für den Anlauf der sechsmonati-

gen Überstellungsfrist einheitlich auf das Ergehen einer gerichtlichen Entscheidung in dem Rechtsbehelfsverfahren mit aufschiebender Wirkung abgestellt“<sup>13</sup>. Zudem spreche die Regelungssystematik des Artikels 29 Absatz 1 Unterabsatz 1 Dublin-III-VO für eine derartige Auslegung. Finde ein Eilrechtsschutzverfahren mit aufschiebender Wirkung seinen Abschluss nicht durch eine gerichtliche Sachentscheidung, sondern durch Prozesshandlungen der Verfahrensbeteiligten (Erledigungserklärungen), bestehe die Gefahr, dass der überstellende Mitgliedstaat hiervon nur mittelbar und gegebenenfalls mit Verzögerung Kenntnis erlange und ihm entgegen des Artikel 29 Dublin-III-VO zur Bewerkstelligung der Überstellung nicht mehr die vollen sechs Monate zur Verfügung stünden. Ähnlich argumentiert das VG Kassel. Der Einstellungsbeschluss dokumentiere nach außen den Abschluss des Verfahrens und somit die endgültig getroffene Entscheidung über den Rechtsbehelf im Sinne des Artikels 29 Absatz 1 Satz 1 Dublin-III-VO. Darüber hinaus müsse der Behörde grundsätzlich die volle Frist zur Überstellung zustehen, sobald die Überstellung nur noch in ihrer Sphäre liege. „Dies ist aber gerade nicht im Zeitpunkt des Vorliegens übereinstimmender Erledigungserklärungen der Fall. Dieser Zeitpunkt entzieht sich in der Regel nämlich bis zur Übermittlung des Einstellungsbeschlusses der Kenntnis des Bundesamtes und obliegt demnach ausschließlich den Geschäftsabläufen innerhalb des Verwaltungsgerichts.“<sup>14</sup>

Nach Ansicht des Bundesamtes ist den überzeugenden Ausführungen des VG Ansbach und VG Kassel zu folgen.

### **Individualschützender Charakter der Verordnung**

In ständiger Rechtsprechung des EuGHs entfaltet die Dublin-III-VO, insbesondere die Fristenregelung, Individualschutz. Der EuGH stellte fest, dass die Verordnung nicht allein dazu bestimmt sei, das Dublin-System leistungsfähiger zu machen, sondern auch dazu, Asylbewerbende besser zu schützen, insbesondere durch einen ihnen gewährten effektiven und vollständigen gerichtlichen Rechtsschutz.<sup>15</sup> Darüber hinaus konstatierte der EuGH in seiner „Shiri“-Entscheidung, dass eine schutzsuchende Person sich auch auf den Ablauf der sechsmonatigen Überstellungsfrist berufen und im Rahmen eines Rechtsbehelfs nach Artikel 27 Dublin-III-VO gerichtlich dagegen vorgehen könne, auch wenn der ersuchte und ursprünglich zuständige Mitgliedstaat, trotz Ablauf der Überstellungsfrist, noch aufnahmebereit sei. Dies stehe mit dem Ziel einer zügigen Bearbeitung der Asylanträge im Einklang.<sup>16</sup>

*Kader Arapkirlioglu und Nico Kunert, 32A*

<sup>10</sup> Siehe BVerwG, Urteil vom 09.08.2016 – 1 C 6/16 –, BVerwGE 156, Rn. 15 ff.

<sup>11</sup> Siehe VG München, Beschluss vom 01.11.2020 – M 30 SE 20.50574 –, juris Rn. 20ff.

<sup>12</sup> Siehe VG Ansbach, Beschluss vom 27.10.2020 – AN 18 S 20.50341 –, juris und das VG Kassel, Beschluss vom 09.12.2020 – 1 L 2205/20.KS.A –, MLO

<sup>13</sup> Siehe VG Ansbach, Beschluss vom 27.10.2020 – AN 18 S 20.50341 –, juris

<sup>14</sup> VG Kassel, Beschluss vom 09.12.2020 – 1 L 2205/20.KS.A –, MLO

<sup>15</sup> Siehe EuGH, Urteil vom 07.06.2016 – C-63/15 –, Rn. 52 „Ghezelbash“;

EuGH, Urteil vom 26.07.2017 – C.670/16 –, Rn. 46 „Mengesteab“

<sup>16</sup> Siehe EuGH, Urteil vom 25.10.2017 – C-201/16 –, Rn. 31 „Shiri“

## Neue Länderreporte zu Algerien, Usbekistan und Afghanistan

Der 41. Länderreport analysiert die politische und gesellschaftliche Lage in der Demokratischen Volksrepublik **Algerien** und geht dabei besonders auf die Hirak-Bewegung ein. Aufgrund der Ankündigung des langjährigen Staatspräsidenten Bouteflika, 2019 erneut zu den Präsidentschaftswahlen anzutreten, hat das Land eine große Veränderung erlebt. Tausende Menschen protestierten gegen die Kandidatur und lösten eine Protestwelle aus, die bis heute anhält und unter dem Namen Hirak bekannt wurde. Die Regierung hat seit dem Rücktritt Bouteflikas im April 2019 Schritte in Richtung Demokratisierung und Verbesserung der Menschenrechte gemacht. Dennoch gibt es weiterhin deutliche Defizite im demokratischen und sozioökonomischen Bereich. Diese sind nicht nur auf die politische Lage zurückzuführen, sondern auch auf die gewachsene Struktur des Landes mit seiner mächtigen Armee.

Der 42. Länderreport informiert über das zentralasiatische **Usbekistan**. Nach dem Tod von Langzeit-Präsident Karimov im September 2016 hat Usbekistan unter seinem Nachfolger Mirziyoyev allen Erwartungen zum Trotz einen weitreichenden Reformkurs eingeschlagen. Der Länderreport nimmt die für Oktober 2021 geplante Präsidentschaftswahl und damit das Ende der (ersten) Amtszeit Mirziyoyevs zum Anlass, ein Schlaglicht auf das „Land im Wandel“ zu werfen; ein Land, das im öffentlichen Bewusstsein und angesichts geringer Zugangszahlen auch im asylbezogenen Diskurs bislang nur wenig präsent ist. Der Report führt dabei zunächst in Aufbau und Funktionsweise des usbekischen Staates und der Gesellschaft ein und analysiert darauf aufbauend die Menschenrechtslage in ausgewählten Themenfeldern. Hierbei wird deutlich, dass die Bevölkerung Usbekistans trotz erkennbarer Fortschritte weiterhin erheblichen Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte unterliegt und der Staat auch vor Repressalien gegen Kritikerinnen und -kritiker sowie sonstige Andersdenkende nicht zurückschreckt. Allerdings fallen diese weniger systematisch und intensiv aus als noch in der Ära Karimov.

Der 43. Länderreport aus den Länderanalysen informiert über die Lage der religiösen Minderheiten der Hindus und Sikhs in der Islamischen Republik **Afghanistan**. Er betrachtet sowohl die historischen Ursprünge der beiden Gruppen im Land, als auch die transnationalen Zusammenhänge der Religionen in Südasien. Außerdem geht er im Detail auf die Behandlung der beiden Minderheiten durch den afghanischen Staat, durch dessen Gegner (Taliban, Islamischer Staat Provinz Khorasan [ISKP]) wie auch durch die muslimische Gesellschaft ein. Detailliert wird die Lage der Tempel wie auch der dazugehörigen Gemeinden im Land

erläutert. In einem abschließenden Exkurs beleuchtet er schließlich die Lage der aus Afghanistan geflüchteten Hindus und Sikhs in Indien. Der Bericht wurde im Mai 2021 verfasst. Neue Informationen zur Lage der Hindus und Sikhs nach der Machtübernahme durch die Taliban am 15. August 2021 wurden soweit vorhanden eingearbeitet. Es gibt aber aufgrund der volatilen Lage im Land keine abschließende Beurteilung der aktuellen Situation. Erstmals wurde für den Bericht die Open Source Intelligence (OSINT)-Methode der Geolokalisierung angewandt, nach der mit Hilfe von Bildern aus sozialen Medien und Satellitenbildern die genaue Lage von Tempeln der Hindus und Sikhs in der Hauptstadt Kabul verifiziert werden konnte. Als methodische Grundlage für dieses Vorgehen wurde das [Berkeley Protocol on Open Source Investigation](#) genutzt. Es erfüllt für die OSINT-Recherche eine ähnliche Funktion wie die EASO-COI-Standards.<sup>17</sup>

*Anna Pelzl, Michael Stehr und Jorrik Fulda,  
62F und 62G*

## VGH Kassel / Syrien: Keine politische Verfolgung wegen illegaler Ausreise, Asylantrag im westlichen Ausland, Entziehung vom Militärdienst oder Herkunft aus einem Oppositionsgebiet

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Hessen in Kassel hat mit Urteil vom 23. August 2021 (Az. 8 A 1992/18.A) festgestellt, dass eine politische Verfolgung von syrischen Antragstellenden wegen illegaler Ausreise, Asylantrag im westlichen Ausland, Entziehung vom Militärdienst oder Herkunft aus einem Oppositionsgebiet nicht vorliegt.

Nach Auffassung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs ist grundsätzlich nicht festzustellen, dass Personen, die sich dem Militärdienst entziehen, bei unterstellter Rückkehr nach Syrien allein wegen illegaler Ausreise, Asylantragstellung und des damit verbundenen Aufenthalts in Deutschland eine politische Verfolgung droht. Auch die Herkunft aus einem regierungsfeindlichen Gebiet ändert nichts an dieser Bewertung.

Der VGH Hessen setzte sich mit der aktuellen Quellenlage auseinander und kommt zum Ergebnis, dass bei einfacher Wehrdienstentziehung nach den im maßgebenden Zeitpunkt der mündlichen Verhand-

<sup>17</sup> Offizielle Recherchestandards des European Asylum Support Office für Country of Origin Information

lung vorhandenen Erkenntnissen zum Militärdienst in Syrien, bereits keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verfolgungshandlung im Sinne des § 3a Absatz 1 und Absatz 2 Asylgesetz besteht. Vielmehr würden einfache Wehrdienstentzieher bei Rückkehr nach Syrien nicht bestraft, sondern üblicherweise direkt zum Militärdienst eingezogen. In diesem Zusammenhang widerspricht der VGH Hessen der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Berlin-Brandenburg vom 29. Januar 2021 und 28. Mai 2021, welches seine Entscheidungen insbesondere auf den Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 04. Dezember 2020 stützt. Die dortigen Ausführungen sprächen gerade nicht für, sondern gegen eine solche Annahme, da dem Lagebericht zu entnehmen sei, dass Haftstrafen lediglich wegen Desertion verhängt werden.

Der Senat geht mit der überwiegenden obergerichtlichen Rechtsprechung<sup>18</sup> davon aus, dass der syrische Staat im Fall einfacher Wehrdienstentziehung diesen Personenkreis nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit als politisch Oppositionelle oder Regimegegner ansieht. Die vom Europäischen Gerichtshof unter bestimmten Voraussetzungen angenommene starke Vermutung einer Verknüpfung von Verfolgungshandlung und Verfolgungsgrund sei somit aktuell widerlegt.

Hierfür spreche auch die veränderte Gesamtsituation in Syrien. Wehrdienstentziehung sei nicht mehr mit einer Gefährdung des Regimes gleichzusetzen, sondern erschöpfe sich in der schlichten Vorenthaltung der geforderten militärischen Dienstleistung. Die Möglichkeit, sich vom Wehrdienst freizukaufen und auch deren tatsächlich Umsetzung, die zudem die Beschaffung ausländischer Devisen sicherten, sowie die erlassenen Amnestien verdeutlichten den unterschiedlichen Umgang des syrischen Staates mit einfachen Wehrdienstentziehern einerseits und Personen, die tatsächlich als Oppositionelle oder Regimegegner angesehen werden, andererseits.

Zudem befasste sich der VGH Hessen mit dem Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vom 07. Mai 2020, auf welchen sich auch das OVG Berlin-Brandenburg in seinem Urteil vom 29. Januar 2021 stützt. Dem Bericht könne nicht entnommen werden, dass einfache Wehrdienstentzieher als Bestrafung für ihre unterstellte Illoyalität an die Front versetzt werden („Politmalus/Frontbewährung“), da diese Gefahr nach übereinstimmenden Angaben für jeden Soldaten bestehe. Der allgemein in dem Bericht enthaltenen Beurteilung des UNHCR, dass unabhängige Beobachter darauf hinweisen würden, dass die Regierung Militärdienstentziehung wahrscheinlich als einen politischen, gegen die Regierung gerichteten Akt betrachte, komme daher keine Bedeutung zu.

Auch die Herkunft aus einem regierungsfeindlichen

Gebiet (beziehungsweise die kurdische Volkszugehörigkeit und die sunnitische Religionszugehörigkeit) änderten nichts an dieser Bewertung, da die Mehrzahl der verfügbaren Quellen davon ausgeht, dass gegenüber Personen aus aktuellen oder ehemaligen Oppositionsgebieten lediglich ein generelles Misstrauen gehegt werde. Berichte über flächendeckende und systematische Verfolgungsmaßnahmen existierten nicht.

Die Entscheidung stützt die Rechtsauffassung des Bundesamtes und ändert die bisherige Rechtsprechung des Dritten Senats des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes.

Andreas Dihlmann, 61E

## VGH Mannheim / Eritrea: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bei Entziehung vom Nationaldienst

Der 13. Senat des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg hatte in beiden Berufungsverfahren vom 08. Juli 2021 (Az. A 13 S 403/20) und 13. Juli 2021 (Az. A 13 S 1563/20) die vom Bundesamt aufgeworfene Frage zu entscheiden, ob die eritreischen Behörden bei Rückkehrern, die illegal aus Eritrea ausgereist sind und / oder (zuvor) den Wehr- beziehungsweise Nationaldienst nicht abgeleistet haben, diese Umstände zum Anlass nehmen, auf eine Regimegegnerschaft zu schließen.

Nach den Entscheidungen des Senats stellt die Einberufung in den Nationaldienst bereits deshalb keine Verfolgung dar, weil es insoweit an der Anknüpfung an ein flüchtlingsschutzrelevantes Merkmal im Sinne des § 3 Absatz 1 Nummer 1, § 3 b Asylgesetz fehlt. Anderes folge auch nicht aus der (auch) politischen Dimension des Nationaldienstes in Eritrea, wonach der Nationaldienst auch der Verbreitung der dortigen Staatsideologie diene. Der Nationaldienst treffe nämlich grundsätzlich alle eritreischen Staatsangehörigen. Im Ergebnis könne nicht festgestellt werden, dass die Bestrafung einer Entziehung vom Nationaldienst, beziehungsweise einer illegalen Ausreise an eine (zugeschriebene) politische Überzeugung anknüpft.

Berufung auf die aus Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 3 RL 2011/95/EU folgende „starke Vermutung“ einer Verknüpfung der Strafverfolgung wegen Wehrdienstentziehung mit einem flüchtlingsschutzrelevanten Merkmal<sup>19</sup> scheide aus. Denn die Vermutung knüpfe an das Vorliegen eines Konflikts an, in dem Verbrechen oder

<sup>18</sup> Vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Urteil v. 01.07.2021 - 3 L 154/18-; OVG Nds., Urteil v. 22.04.2021 - 2 LB 408/20 -; OVG NRW, Urteil v. 22.03.2021 - 14 A 3439/18.A

<sup>19</sup> Siehe dazu EuGH v. 19.11.2020; C 238-19

Handlungen begangen werden, die unter den Anwendungsbereich der Ausschlussklausel des Artikel 12 Absatz 2 RL 2011/95/EU fallen, was vorliegend weder vorgetragen, noch ersichtlich sei. Nach den Entscheidungen des Senats bilden weder Frauen im eritreischen Nationaldienst eine soziale Gruppe im Sinne des [§ 3b Absatz 1 Nummer 4 Asylgesetz](#), noch lässt sich feststellen, dass eritreischen Staatsangehörigen im Fall einer Rückkehr allein auf Grund einer bloß einfachen Mitgliedschaft in einer exilpolitischen Gruppierung flüchtlingsschutzrechtlich relevante Verfolgung droht.

Das Urteil des 13. Senats des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg steht damit im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und zahlreicher Oberverwaltungsgerichte und bestätigt die gegenwärtige Entscheidungspraxis des Bundesamtes.

*Andreas Dihlmann, 61E*

## Blick zum Nachbarn: Dänemark / Restriktive Asylpolitik

Die sich seit dem Jahr 2019 im Amt befindende sozialdemokratische Regierung unter der Premierministerin Mette Frederiksen verfolgt trotz teilweise heftiger Kritik aus dem Ausland weiter eine restriktive Asylpolitik.

Ihre angekündigten Neuerungen zur dänischen Asylgesetzgebung sind diesen Sommer auch in der deutschen Presse aufgegriffen worden. So wurde im Juni 2021 eine Änderung des Ausländergesetzes mit klarer Mehrheit verabschiedet, wodurch Asylzentren außerhalb Dänemarks ermöglicht werden sollen.<sup>20</sup> Die neue Regelung schafft aus Sicht der dänischen Regierung den rechtlichen Rahmen, um mit Drittländern Vereinbarungen über die Einrichtung solcher Asylzentren zu treffen.<sup>21</sup> Somit können die Behörden Asylsuchende in Drittländer fliegen, wo sie darauf warten müssen, dass ihr Antrag in Dänemark bearbeitet wird. Dem Gesetz zufolge sollen sie aber, auch wenn ihnen ein Schutzstatus zugesprochen wird, in dem Drittland bleiben oder anderswo in ein Flüchtlingslager der Vereinten Nationen (UN) verlegt werden. Die Europäische Kommission distanzierte sich von dem Vorstoß und äußerte wie zuvor der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) rechtliche und humanitäre Bedenken.<sup>22</sup> Die Änderungen des Ausländer-

20 BFA, Dänemark, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Gesamtaktualisierung 29. Juni 2021, S. 7

21 Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-daenemark-will-asylzentren-im-ausland-17371634.html>, vom 03. Juni 2021, Abruf 14. September 2021

22 Vgl. <https://www.unhcr.org/dach/at/64751-statement-des-hochkommissars-der-vereinten-nationen-fur-fluechtlinge-filippo-grandi-zum-danischen-gesetz-zur-auslagerung-des-fluechtlingsschutzes.html>, vom 04. Juni 2021, Abruf 14. September 2021

gesetzes werden sich allerdings erst dann auswirken, wenn Dänemark ein formelles Abkommen mit einem Drittland abschließt, diese entsprechenden Verträge mit den Ländern müssen noch vom Parlament gebilligt werden.<sup>23</sup>

Außerdem wurden im September in den Medien die Pläne Dänemarks diskutiert, dass eingewanderte Personen, die drei bis vier Jahre staatliche Unterstützung beziehen, gemeinnützige Arbeit leisten sollen. Diese Regelung muss jedoch noch vom Parlament genehmigt werden.<sup>24</sup> Für Asylsuchende über 18 Jahre beinhaltet die Grundversorgung schon heute eine Mitwirkungspflicht, indem sie einen Vertrag mit dem Asylzentrum abschließen. Mit der Unterzeichnung des Vertrages sind Asylsuchende verpflichtet, an bestimmten Aktivitäten im Zentrum teilzunehmen, den Unterricht zu besuchen und Arbeiten rund um das Zentrum zu verrichten. Wenn sich Asylsuchende an die Vereinbarung halten, haben sie Anspruch auf Zusatzbeihilfe, ansonsten ist mit einer Kürzung oder Streichung der Zusatzbeihilfe zu rechnen. Asylsuchende, die aus Ländern mit geringem Verfolgungsrisiko kommen, erhalten keinerlei Geldzuwendungen, sondern grundsätzlich nur eine Versorgung im Asylzentrum.<sup>25</sup>

Diese Politik spiegelt sich auch in den Antragszahlen wieder. Im Jahr 2020 wurde so mit 1.547 Asylsuchenden die niedrigste Zahl an Asylanträgen überhaupt gezählt.<sup>26</sup> Zu den quantitativ wichtigsten Herkunftsländern gehörten 2020 Syrien, Eritrea, Marokko, Iran und Staatenlose sowie Afghanistan.<sup>27</sup> Für das erste Halbjahr 2021 zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Zwischen Anfang Januar und Ende Juni 2021 haben insgesamt lediglich 559 Personen in Dänemark einen Asylersuchen gestellt.<sup>28</sup>

*Dr. Anke Reiß, 62E*

23 Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/abschiebung-daenemark-asylsuchende-migrationspolitik-1.5311446>, vom 03. Juni 2021, Abruf 14. September 2021

24 Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/daenemark-migranten-sollen-bei-bezug-staatlicher-hilfen-arbeiten-17526671.html>, vom 08. September 2021, Abruf 14. September 2021

25 Vgl. BFA, Dänemark, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Gesamtaktualisierung 29. Juni 2021, S. 10

26 Vgl. <https://ec.europa.eu/migrant-integration/news/denmark-lowest-number-of-asylum-seekers-ever>, Abruf 14. September 2021

27 Vgl. <https://www.worlddata.info/europe/denmark/asylum.php>, Abruf 14. September 2021

28 Vgl. <https://www.dst.dk/en/Statistik/emner/borgere/befolkning/indvandere-og-efterkommere>, Abruf 14. September 2021

## Neuerwerbungen der Bibliothek

**Abdelkader, Samah:** Die Anhörung im Asylverfahren : exemplarische Analysen. - Bielefeld : transcript, [2021]. - 418 Seiten. - ISBN 978-3-8376-5520-9

**Adam, Simon:** Gibt es eine Höchstfrist für gerichtliche Dublin-Verfahren? - 1 Online-Ressource (Seite 1031-1034). In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht : NVwZ. - 40 (2021), Heft 14, Seite 1031-1034

**Baumgartl, Viktoria:** Das Solidaritätsprinzip im Rahmen des neuen „Asyl- und Migrationspakets“ : die vorgeschlagenen Änderungen des gemeinsamen europäischen Asylsystems am Prüfstand. In: Migralex : Zeitschrift für Fremden- u. Minderheitenrecht. - 19 (2021), Heft 1, Seite 15-22

**Brücker, Herbert u.a.:** Evaluierung der Westbalkanregelung : Registerdatenanalyse und Betriebsfallstudien : Abschlussbericht. - April 2020. - Nürnberg : IAB, 2020. - 1 Online-Ressource (128 Seiten).

**EASO (Hrsg.):** EASO practical guide on the application of the internal protection alternative. - May 2021. - Luxembourg : Publication Office of the European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (43 Seiten). ISBN 978-92-9465-180-8

**Feneberg, Valentin; Pettersson, Paul:** Kollektive Gefährdungslage Corona : die Pandemie in der Asylrechtsprechung am Beispiel Afghanistan. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 5/6, Seite 181-224, Seite 196-204

**Fleuß, Martin:** Die ausländerrechtliche Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2020. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 4, Seite 137-180, Seite 156-168

**Froese, Judith:** Die Konversion zum christlichen Glauben als Asylgrund : was müssen Gerichte glauben und was dürfen sie prüfen? - 1 Online-Ressource (Seite 43-47). - Online-Ausgabe. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht : NVwZ. - 40 (2021), Heft 1-2, Seite 43-47

**Goetze, Kristin:** Fluchtspezifische Anomien und sozial-moralische Bewältigung : Selbstkonzepte Geflüchteter im Spiegel asyl- und aufenthaltsrechtlicher Bedingungen der Lebensführung. - Berlin : Logos Verlag, [2021]. - 248 Seiten. - ISBN 978-3-8325-5315-9

**Hartmann, Melanie:** Zwischen An- und Ent-Ordnung : Sammelunterkünfte für Geflüchtete als Räume des Politischen. - Wiesbaden : Springer VS, [2020]. - XII, 390 Seiten. - ISBN 978-3-658-32156-7

**Huber, Bertold:** Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Migrationsrecht. - 1 Online-Ressource (Seite

1216-1217). In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht : NVwZ. - 35 (2016), Heft 17, Seite 1216-1217

**Klaus, Sebastian:** Der Begriff „Beschäftigung“ in Fällen der Erwerbsmigration : Teil I: Grundlagen und sozial-versicherungsrechtliche Perspektive. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 5/6, Seite 181-224, Seite 183-190

**Meyer, Birgit; van der Veer, Peter (Hrsg.):** Refugees and religion : ethnographic studies of global trajectories. - London : Bloomsbury Academic, 2021. - 1 Online-Ressource (XII, 334 Seiten). - ISBN 978-1-3501-6716-2

**Oepen-Mathey, Meta:** Internationaler Schutz im Falle extremer Armut : Schutzberechtigung statt Rückführung? - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2021. - 325 Seiten. - ISBN 978-3-8487-7874-4

**Schiefer, David u.a.:** Partner\*innen im Familiennachzug: Verdecktes Erwerbskräftepotenzial? - Berlin : DeZIM-Institut, 2020. - 1 Online-Ressource (7 Seiten).

**Schwan, Gesine:** Europa versagt : eine menschliche Flüchtlingspolitik ist möglich. - Originalausgabe. - Frankfurt am Main : S. FISCHER, [2021]. - 141 Seiten. - ISBN 978-3-10-397116-3

Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität als Fluchtgrund : mit Beiträgen zur Heteronormativität im Asylrecht, zum „Diskretionsgebot“ sowie zu „Zwangsausreitungen“ im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung. In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2021), Heft 7/8

**Trauner, Florian:** Das neue EU-Migrations- und Asylpaket : wird es zu mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten führen? - 1 Diagramm. In: Integration : Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration. - 44 (2021), Heft 1, Seite 40-52

**Ulusoy, Kivanc:** Testing Turkey's state capacity : the Syrian migration crisis as catalyst. In: European Journal of Migration and Law. - 22 (2021), Heft 2, Seite 152-175

Verfahren in „Dublin-Fällen“ und bei „Anerkannten“ : mit Beiträgen zu den Aufnahmebedingungen in Griechenland und Italien und einer Rechtsprechungsübersicht. In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2021), Heft 6, Seite 198-217

**Weinar, Agnieszka; Klekowski von Koppenfels, Amanda:** Highly-skilled migration: Between settlement and mobility. - Cham : Springer, [2020]. - 1 Online-Ressource (VII, 108 Seiten). - Online-Ausgabe. ISBN 978-3-030-42204-2

# Impressum

## Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
90461 Nürnberg

## Stand

09/2021

## Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Bildnachweis


iStockphoto

## Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechstdokumentation,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg  
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de) <https://milo.bamf.de> .  
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen  
unter: [www.bamf.de/publikationen](http://www.bamf.de/publikationen)

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 [www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

 [@BAMF\\_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

